

Dollars für Ost-Berlin

Die DDR genießt neuerdings selbst in den USA einen ausgezeichneten Ruf als kreditwürdiger Staat: Ein amerikanisches Bankenconsortium unter Führung der Bank of America hat Ost-Berlin einen Kredit bis zu einer Höhe von 500 Millionen Dollar angeboten. Ursprünglich lautete die Offerte nur auf 150 Millionen Dollar, doch das Interesse der Geldinstitute war so groß, daß die Bank of America das Limit drastisch heraufsetzte. Derzeit hängt der Abschluß des Geschäfts noch an der Wißbegier der Kreditgeber: Den kapitalistischen Bankiers sind die Auskünfte der DDR über die wirtschaftliche Situation des Landes allzu dürftig. Trotzdem glauben sie sich gegen Risiken gut gesichert. Ihr Kalkül: Falls die DDR in Zahlungsschwierigkeiten

gerate, könne es sich Moskau kaum leisten, seinen wichtigsten und potentesten Verbündeten hängenzulassen. Sollte dieses Netz aber doch reißen, werde, so glauben die Bankiers, die Bundesregierung es schon richten – in einer Art gesamtdeutscher Solidarität.

Keine Pershing-Manöver

Das Heilbronner Pershing-Unglück, bei dem am 11. Januar 1985 drei amerikanische Soldaten ums Leben kamen (SPIEGEL 4/1985), hat in den US-Streitkräften zu Konsequenzen geführt: Eine ursprünglich vom 4. bis zum 14. März geplante weiträumige Gefechtsübung der Pershing-Verbände in der Bundesrepublik findet nicht statt. Am 3. Dezember hatten die US-Behörden das Manöver der 56. Feld-Artillerie-Brigade

schriftlich bei der baden-württembergischen Landesregierung angemeldet. Die Pershing-Truppe, mit ihren Bataillonen in Neu-Ulm, Schwäbisch Gmünd und Neckarsulm, wollte in Teilen von Rheinland-Pfalz, des Saarlandes und in 26 Landkreisen Baden-Württembergs für den nuklearen Ernstfall üben. An dem Training sollten 3200 Soldaten und 950 Fahrzeuge teilnehmen. Zwei Wochen nach dem Heilbronner Unfall, am 24. Januar, bliesen die Amerikaner das Unternehmen überraschend ab.

Zitat

„Es soll uns keiner einreden, das Geld kommt von der Bank und der Strom aus der Steckdose. Das Gegenteil ist der Fall“ (Bundewirtschaftsminister Martin Bangemann, FDP).



Kanzler Kohl (beim Helmattreffen 1984 in Braunschweig)

Absage an „Gruppe Stahlhelm“

Nach dem Aufstandsversuch einer Handvoll Ostvertragsgegner unter Führung des CDU-Rechtsaußen Manfred Abelein hat sich Bundeskanzler Helmut Kohl erstmals ohne Umschweife zur Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze bekannt. Der CDU-Chef verzichtete, auf den dringenden Rat von Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble, in seiner Rede zur „Lage der Nation“ auf die bei ihm sonst üblichen schwammigen Formulierungen, die es den Vertriebenen-funktionären leicht machten, die Bonner Polen-Politik in Zweifel zu ziehen.

Kohl am Mittwoch voriger Woche im Bundestag: „Wir, die Bundesrepu-

blik Deutschland und die Volksrepublik Polen, haben gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche und werden solche auch in Zukunft nicht erheben.“

Von seinem Parteifreund und Vertriebenenchef Herbert Czaja („Es gibt keine Westgrenze“) setzte sich Kohl mit einem klaren Bekenntnis ab: „In den Gebieten jenseits der polnischen Westgrenze leben heute polnische Familien, denen diese Landschaften in zwei Generationen zur Heimat geworden sind. Wir werden dies achten und nicht in Frage stellen.“

Der Kanzler will „genau mit dieser Linie“ (Kohl) beim Treffen der

Schlesier Mitte Juni in Hannover antreten. Kohl ist sich seit Mittwoch voriger Woche immerhin – so Fraktionschef Alfred Dregger – der „einnütigen Unterstützung“ seiner Partei sicher, nachdem die „Gruppe Stahlhelm“ (Fraktionsjargon) um Abelein mit ihrer Palastrevolution gegen den Kanzler aufrief.

In Abwesenheit Kohls hatten die Fraktionsrechten am Dienstag letzter Woche fast drei Stunden lang versucht, gegen die von Kohl-Intimus und Fraktionsvize Volker Rühle festgestellte „politische Bindungswirkung“ der Warschauer Verträge anzurennen.

Die Hauptschuld am „politischen Trockengerudere“ (CDU-Staatsminister Alois Mertes) der Deutschnationalen trägt der Kanzler selbst. Im Gegensatz zu Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Außenminister Hans-Dietrich Genscher hatte Kohl bislang peinlich jede Zusage vermieden, die Deutschen würden die polnische Westgrenze „weder heute noch morgen noch übermorgen“ (Genscher) in Frage stellen. Statt dessen mochte sich der CDU-Kanzler nur unverbindlich zu „einem Kurs des Ausgleichs und der Verständigung“ mit Polen bekennen. Oder er zitierte unverbindlich aus den Ostverträgen, ohne seine eigene Einstellung deutlich werden zu lassen.

Die hat er jetzt nachgeliefert: „Die unübersehbare menschliche Seite“ sei doch, so Kohl letzte Woche in einem Interview mit der „Zeit“, „daß niemand jene Polen, die vor vierzig Jahren von Stalin aus Ostpolen vertrieben wurden und sich in den Oder-Neiße-Gebieten niederließen, erneut vertreiben will“.